



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Schülerbeförderung auf Deutschlandticket ausrichten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Einführung eines Deutschlandtickets im Jahr 2023 dafür Sorge zu tragen, dass sich dieses Ticket nahtlos und vorteilhaft für Schülerinnen und Schüler sowie für die Kostenträger in die bayerische Schülerbeförderung einfügt.

Dabei sollen insbesondere folgende Überlegungen zugrunde gelegt werden:

1. Für Schülerinnen und Schüler, die bereits heute eine Schulwegkostenerstattung erhalten, die über 49 Euro liegt, soll künftig ausschließlich das bundesweit gültige Deutschlandticket zur Verfügung gestellt werden.
2. Für Schülerinnen und Schüler, für die die Schulwegkostenerstattung unterhalb dieser Schwelle liegt, soll den Kostenträgern ermöglicht werden, das Deutschlandticket durch Aufzahlung des Differenzbetrags zur Verfügung zu stellen.
3. Für Schülerinnen und Schüler ohne einen Anspruch auf Schulwegkostenerstattung bzw. für Monate, in denen kein solcher Anspruch besteht, soll ein vergünstigtes Angebot des Deutschlandtickets angeboten werden.
4. Bei dieser Reform ist auf die finanzielle Lage der Beförderungsunternehmen Rücksicht zu nehmen, die in besonderem Maße von der Schülerbeförderung abhängig sind.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, über ihre aktuellen Planungen zu der Umsetzung des Deutschlandtickets in Bayern zu berichten. Insbesondere soll dabei auf die von Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigte Einführung eines 29-Euro-Tickets, dessen Umsetzung und Finanzierung eingegangen werden.

Begründung:

Die Ampel-Koalition hat die Einführung des Deutschlandtickets (derzeit zu 49 Euro/Monat geplant) für das Jahr 2023 angekündigt. Die Staatsregierung soll die in ihrem eigenen Aufgabengebiet liegenden Herausforderungen vorausschauend bearbeiten, um den betroffenen Kostenträgern der Schülerbeförderung so rasch wie möglich Sicherheit zu geben. Dabei sind die Chancen des Deutschlandtickets umfassend zu nutzen. Insbesondere soll die Schülerbeförderung als Hebel für ein Bewusstsein einer nachhaltigen und umweltschonenden Mobilität für die junge Generation genutzt werden.

In Konstellationen, in denen die Kostenträger bereits heute mindestens 49 Euro für die Beförderung ausgeben, soll das Deutschlandticket die Regel sein. Bestehende Hürden für eine Zuzahlung in anderen Fällen sollen abgebaut werden, um möglichst allen Schülerinnen und Schülern die Vorteile des bundesweiten Tickets zugutekommen zu lassen. Ungeachtet dessen sollte es in Fällen, in denen die Schülerbeförderung sonst nicht greift, zu einem vergünstigten Angebot kommen. Dies gilt z. B. für Schülerinnen und Schüler, die nahe an der Schule wohnen, oder für höhere Jahrgänge.